



Unterstützungsgruppe Brokdorf-Klage

Jede/r einzelne von uns hat bestimmt schon einmal festgestellt, daß manche Gerichtsurteile ungerecht gefällt werden. So auch in der Klage des Brokdorfer Karsten Hinrichsen gegen die im Jahr 1986 erteilte Betriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf. Das war genau ein halbes Jahr nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Die Klage richtet sich gegen Gesundheitsschäden durch den »Normalbetrieb« und gegen die Gefährdung bei Unfällen. Dem AKW wurden an jährlichen Ableitungen über den 100 m hohen Schornstein gestattet:

1 000 000 000 000 000 Bq radioaktiver Gase,
6 000 000 000 Bq radioaktives Jod 131
10 000 000 000 Bq radioaktiver Staub – u.a Bq Cäsium 137 und Strontium 90
sowie 35 000 000 000 000 Bq radioaktives Wasser
(1 Bq bedeutet ein Zerfall eines Atoms pro Sekunde bei gleichzeitiger Abgabe von radioaktiver Strahlung)

Diese hohen Abgaben wurden dem AKW genehmigt, damit es auch bei Störfällen ungestört weiter betrieben werden kann. Sie führen in einem Milcherzeugungsgebiet und besonders bei Selbstversorgern zu einer Strahlenbelastung der Schilddrüse, die nach den Berechnungen des Klägers oberhalb der gesetzlich zulässigen Grenzwerte liegt.

Vor zwanzig Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum AKW Wyhl (das nicht gebaut wurde) entschieden, daß ein SuperGAU nach praktischer Vernunft sehr unwahrscheinlich ist, und er als Restrisiko von jedermann/frau hinzunehmen sei. Diese Rechtsprechung will der Kläger kippen, weil Tschernobyl und die offizielle Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke gezeigt haben, daß schwere Unfälle in AKWs möglich sind. Auch im AKW Brokdorf kann jederzeit ein SuperGAU passieren.

Es ist klar, daß die Brokdorf-Klage nur Erfolg haben wird, wenn viele Menschen dahinter stehen. Deshalb haben wir uns zur Unterstützungsgruppe Brokdorf-Klage zusammengeschlossen. Wir sind Menschen aus der Nachbarschaft der AKWs Brokdorf, Brunsbüttel und Stade.

Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß ein Prozeß die Atomlobby in die Knie zwingt. Aber als eine Möglichkeit, Widerstand zu leisten, damit unseren Kindern das Schicksal der Tschernobyl-Kinder erspart bleibt, halten wir diesen nun schon zehn Jahre andauernden Prozeß für notwendig. Bisher hat die Klage erreicht, daß das AKW Brokdorf bis heute ohne bestandskräftige Genehmigung betrieben wird.

Wir wollen, daß endlich Schluß ist mit der Atomenergienutzung; denn selbst Niedrigstrahlung erzeugt Leukämie: um das AKW Krümmel herum sind schon 8 Kinder an Leukämie erkrankt. Wir brauchen die AKWs nicht: durch Energiesparen, dezentrale und erneuerbare Energienutzung steht genug Energie zur Verfügung. Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß zum »Normalbetrieb« der AKWs auch der umweltverseuchende Abbau von Uranerz, Atom(müll)transporte, Wiederaufbereitung, Zwischenlager und Endlager (die es noch gar nicht gibt) gehören.

Die Menschenverachtung der politisch Verantwortlichen, die mit brutalen Polizeieinsätzen die Interessen einiger auf Profit ausgerichteter Konzerne durchsetzen, zieht sich wie ein roter Faden von der Bauplatzvertreibung am 25.10.1976 in Brokdorf, über die Brokdorfer Großdemonstrationen am 28.2.1981 und 7.6.1986 bis nach Gorleben in diesem Jahr. Da wundert es nicht, daß sich die neue rot/grüne Landesregierung auf die Seite der Betreiber des AKW Brokdorf (HEW und Preussen Elektra) geschlagen hat und vor Gericht die Meinung vertritt, die damalige CDU-Landesregierung habe die Betriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf rechtmäßig erteilt.

Wenn wir nicht die Gesundheit und Zukunft unserer Kinder und Enkel verteidigen, wer soll es dann tun?! Nicht jede/r nimmt die Mühen eines Mammutprozesses auf sich, und meist fehlt es auch am nötigen Geld, um die RechtsanwältInnen zu bezahlen.

Wie Sie helfen können:

Fordern Sie Informationsmaterial an!
Informieren Sie Freunde/Innen und Bekannte über den Prozeß!
Sie können auch das Prozeßkonto positiv bewegen:
Heike Klessig, Stichwort »Brokdorf-Klage«
Alte Marner Sparkasse / BLZ 218 517 20 / Kr.-Nr. 10 10 27 511

Einer aber gibt nicht auf

Karsten Hinrichsen kämpft gegen den Atommeiler Brokdorf

FR 24.4.96

Von Karsten Plog (Brokdorf)

Der Gemeinde Brokdorf an der Unterelbe geht es offenkundig gut: Schmucke Häuser, ein Bad mit einer unglaublich langen Rutschbahn und eine riesige Mehrzweckhalle an der Dorfstraße, die auch einen wesentlich größeren Ort schmücken würde. Eine Quelle für diesen Wohlstand steht ein paar hundert Meter elbaufwärts in der Marsch: das Atomkraftwerk Brokdorf, das vor knapp zehn Jahren seinen Betrieb aufnahm. Anfang Juni 1986 gab es dort die letzte große Demonstration. Tausende Atomkraftgegner, Autonome aus Hamburg und die Polizei lieferten sich eine regelrechte Schlacht.

Einer aber kämpft noch immer gegen den Meiler — und zwar vor Gericht: Der 53jährige Meteorologe Karsten Hinrichsen hat die schleswig-holsteinische Landesregierung vor rund neun Jahren verklagt, weil sie den Betrieb des Atomkraftwerks Brokdorf genehmigt hatte. Das war damals die Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel. Die jetzige SPD-Landesregierung hat das Problem geerbt. Das Grünen-Mitglied Hinrichsen macht ihr nun den Vorwurf, in Sachen Brokdorf nicht genug getan zu haben, den Meiler wieder stillzulegen. Demnächst könnte die Lage für Hinrichsen politisch noch etwas komplizierter werden, denn die Grünen möchten in einer künftigen Koalition mit der SPD gern das Energieressort unter ihre Fittiche bekommen.

Hinrichsen, bei der jüngsten Landtagswahl auf Platz zehn der grünen Landesliste, ist Brokdorfer. Er wohnt in einem Haus hinter dem acht Meter hohen Elbdeich und erklärt dem Besucher dort in ruhiger und sachlicher Art, um was es ihm bei seinem langen Weg durch die Gerichte geht. Da sitzt kein Fanatiker, sondern jemand, der sich große Sorgen macht. Hinrichsen klagt, weil er überzeugt davon ist, „daß die Atomenergie nicht verantwortbar ist“ und daß im besonderen der Atommeiler in Brokdorf aus verschiedenen Gründen gar nicht hätte angefahren werden dürfen. „Ich führe den Prozeß stellvertretend für sie alle“, sagt er. „Es kostet mich nicht nur sehr viel Zeit, sondern belastet mich auch seelisch, weil mir die Gefahr immer wieder besonders deutlich wird, wenn ich die Akten und Gutachten durcharbeite.“ Manchmal fühle er sich „mit dem Berg Informationen und der Bedrohung allein gelassen“.

Im Ort, wo der weitaus überwiegende Teil der Einwohner für das Kernkraftwerk ist, wird Hinrichsen nicht angefeindet, „man grüßt sich freundlich“, sagt er. Manche in Brokdorf halten ihn für naiv, viele geben ihm in der Sache recht, sehen aber keine Chance mehr, vor Gericht den Lauf der Dinge zu ändern. Der Kläger Hinrichsen aber geht seinen Weg seit Jahren unabhängig von den politischen Wandlungen im Lande, bisher auch mit moralischer und finanzieller Unterstützung von mehreren Initiativen und den Reihen der roten Nordlichter, deren Vor-

leute die Hoffnung inzwischen aufgegeben haben, ohne Änderung des Bundes-Atomgesetzes die drei in Schleswig-Holstein angesiedelten Atomkraftwerke auf Dauer schließen zu können.

Wer sich mit der Klageschrift beschäftigt, sollte Vorkenntnisse mitbringen. Denn Hinrichsen hält zwar die Atomtechnik für grundsätzlich lebensgefährlich, aber er begründet seine Einstellung durchaus bis ins technische Detail. Hinrichsen hat in seinen Klageschriften eine ganze Reihe Punkte aufgeführt, die nach seiner Ansicht eine Gefahr darstellen. So sei dem Betreiber beispielsweise der Betrieb mit bis zu vier Prozent angereichertem Uran 235 gestattet worden. Der zuständige Technische Überwachungsverein habe im Betriebsgutachten aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der sichere Betrieb bei so hoher Anreicherung nicht nachgewiesen sei. Bevor die Genehmigung für den Dauerbetrieb hätte erteilt werden dürfen, hätten die Ermüdungsanalysen für das Material abgeschlossen sein müssen. Das aber sei laut Aktenauskunft nicht der Fall. Und: Die Tagesableitungen von radioaktivem Jod 131 seien höher als die vom Bundesinnenministerium festgesetzte Grenze.

Bisher ist über die Klage von Hinrichsen nicht entschieden worden. Zwar war sie 1989 von dem damals noch für Niedersachsen und Schleswig-Holstein zuständigen Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg abgelehnt worden. Doch Hinrichsen und sein Hamburger Anwalt Winfried Günnemann wandten sich mit einer Beschwerde an das Bundesver-

waltungsgericht; das hob 1993 das Urteil des OVG Lüneburg auf. Das Gericht habe es versäumt, das mündlich vorgetragene Urteil in einer dafür vorgeschriebenen Frist von fünf Monaten schriftlich zu begründen, lautete der Einwand des Bundesverwaltungsgerichts. Inzwischen hat das Land Schleswig-Holstein ein eigenes Oberverwaltungsgericht in der Stadt Schleswig bekommen, das nun für die Neubehandlung der Klage zuständig ist. Hinrichsen hatte nach eigenem Bekunden gehofft, bei den Schleswiger Richtern mehr Verständnis zu finden als in Lüneburg. Doch inzwischen hat Anwalt Günnemann die Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt, weil er aufgrund von Äußerungen des Gerichts den Eindruck gewonnen habe, es wolle sich nicht mehr „ernsthaft und unvoreingenommen“ mit den Sachargumenten seines Klienten auseinandersetzen. So kann es noch einige Zeit dauern, bis Hinrichsen einen endgültigen Rechtsbescheid bekommen wird. Er hat die Zeit genutzt, um mit seiner Forderung nach Nutzung alternativer Energien Ernst zu machen. Das Dach seines Hauses ist auf der Südseite mit Solaranlagen gedeckt, und unweit der Kuppel des Atomkraftwerks dreht sich ein Rotor im Winde, den Hinrichsen aufgestellt hat. Wie real die Ängste dieses Mannes sind, zeigt des Strahlenmeßgerät in seinem Haus. Bisher hat es noch keinen Alarm gegeben.

„Es kostet mich nicht nur viel Zeit, sondern belastet mich auch seelisch, weil mir die Gefahr immer wieder sehr deutlich wird, wenn ich die Akten durcharbeite.“

diesem Jahr noch um 500 Beschäftigte aufgestockt werden. Die ABS-Erzgebirge ist ein mit öffentlichem Geld bezahlter Dienstleister, der mit 70 Gemeinden Verträge über Arbeiten wie das Anlegen und Pflegen von Grünanlagen abgeschlossen hat. „Wir sind zwar nur eine Krücke“, sagt Hubert Richter, der Geschäftsführer der ABS. „Aber wir werden hier wohl noch lange gebraucht.“

Tatsächlich siedeln nur selten Betriebe im Erzgebirge. Die zahlreichen Gewerbeparks, die sich die Gemeinden in den vergangenen Jahren zulegte, sind zugepflastert mit Supermärkten, riesigen Tankstellen, Möbelhallen und Autoverkaufsstellen.

Lustvolles Spiel m

In der Hauptstadt gibt es imme

Von Dennis Stute (Berlin)

Steht man erst einmal im Haus, findet sich der Rest des Weges von alleine: einfach der Nase nach. Auf ein Klopfen öffnet sich die Tür, in deren Umkreis der süßlich-würzige Geruch am stärksten ist. Nun muß man eine kurze Gesichtskontrolle über sich ergehen lassen, um dann mit einem konspirativ-ernsten Nicken hereingebeten zu werden. Dem Flur folgt ein Raum, in dem, verteilt auf Sesseln und Sofas, eine plaudernde Runde junger Menschen sitzt. Ein ganz normales Wohnzimmer — eigentlich. Wäre da nicht die Preistafel: „Standard: 10 DM, Orange Butt: 15 DM, Papier/Skins: 4 DM.“

Besucher kommen, steuern den Mann mit der Elektronikwaage an und verschwinden als Besitzer von Cannabis-Produkten, falls sie nicht einen Joint lang Teil der geselligen Gruppe werden.

Angefangen habe der Betrieb privat. „Es waren Bekannte, die hier kauften und verkauften“, erzählt eine Betreiberin. Nach und nach wurde das Ganze zum Selbstläufer. Regeln bildeten sich heraus: Um 21 Uhr ist Ladenschluß, und „Kids“ werden abgewiesen. Die Kundschaft ist zufrieden. „Die Qualität ist in Ordnung, die Preise auch und ich muß nicht ewig rumtelefonieren und mir die Hacken ablaufen, wenn ich mal 'was zu rauchen haben will“, sagt eine Sprachlehrerin.

Inzwischen gibt es viele derartige „Coffee-Shops“ in Berlin. Es gibt die schmierige Spielunke, in der dem Kunden mit gnädiger Geste ein überteuertes „Piece“ zweifelhafter Qualität hingeworfen wird. Motto: „Kauf oder verschwinde.“ Oder den gutsortierten „Head-Shop“, der neben Kiffen-Schnickschnack wie Wasserpfeifen und Hanfsamen auch Haschisch verkauft — unter dem Ladentisch, versteht sich. In einigen Kneipen verweisen die Barkeeper auf Anfrage auf „Stammkunden“, die an irgendeinem Tisch den pflanzlichen Stoff anbieten.

Wie viele dieser Läden der besonderen Art es in der Stadt gibt, vermag niemand zu sagen. Deutlich ist nur, daß es nicht wenige sind, Tendenz steigend. Die Stimmung ist lockerer geworden. In den „angesagteren“ Clubs und Cafés erregt ein Joint schon lange keinen Anstoß mehr.

Wachsender Beliebtheit erfreuen sich sogenannte „Space-Cakes“, Kekse, die Haschisch enthalten. Neben Rosen- und Frühlingsrollen-Verkäufern klappert nachts auch Händler die Kneipen ab, die das plättende Gebäck im Gepäck haben